

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe 21, 2014

Das Versprechen sozialer Durchlässigkeit

Zweiter Bildungsweg und
Abschlussorientierte Erwachsenenbildung

Thema

Der Zweite Bildungsweg als
Möglichkeit der Identitätsbildung

Die Gründungsphase der „Schule für
Erwachsenenbildung“ in Berlin 1973-1976

Georg Fischer



Der Zweite Bildungsweg als Möglichkeit der Identitätsbildung

Die Gründungsphase der „Schule für Erwachsenenbildung“ in Berlin 1973-1976

Georg Fischer

Fischer, Georg (2014): Der Zweite Bildungsweg als Möglichkeit der Identitätsbildung. Die Gründungsphase der „Schule für Erwachsenenbildung“ in Berlin 1973-1976. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 21, 2014. Wien.
Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/14-21/meb14-21.pdf>.
Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Schlagworte: Schule für Erwachsenenbildung, Zweiter Bildungsweg, Externenprüfung, Hochschulreife, Mittlere Reife, Westberlin, Bildungssystem, Durchlässigkeit

Kurzzusammenfassung

Im Kontext des politischen Aufbruchs von „1968“ wurden auch die Bedingungen des Zweiten Bildungsweges diskutiert. 1973 organisierten nach einer Eskalation an der privaten „Gabbes Lehranstalt“ rund 5.000 Studierende ihr eigenes Kolleg. Diese „Schule für Erwachsenenbildung“ (SfE) entwickelte eigene Lehrpläne und schuf selbstbestimmte Lebensbedingungen, um Erwachsene während sechs Semester auf die staatliche Externenprüfung zum Abitur (Matura) vorzubereiten. Ebenso konnte die „Mittlere Reife“ (Sekundarstufe I) damit erreicht werden. Ökonomische Grundlage war einerseits die Möglichkeit, dass die Studierenden staatlich unterstützt werden konnten, andererseits, dass die Lehrenden mit einer geringeren Entlohnung zufrieden waren. Der vorliegende Beitrag beschreibt die politischen und pädagogischen Elemente der Anfangsphase des heute noch existierenden Kollegs als ein Beispiel emanzipatorischen Lernens.

Der Zweite Bildungsweg als Möglichkeit der Identitätsbildung

Die Gründungsphase der „Schule für Erwachsenenbildung“ in Berlin 1973-1976

Georg Fischer

Sich der Vergangenheit bewusst zu werden, mag zu zukunftsfähigem Handeln verhelfen, jedenfalls nützt dies dem Begreifen der Gegenwart.

Der Zweite Bildungsweg (ZBW) wurde vor fünfzig Jahren in Westdeutschland propagiert, um Begabungsreserven zu aktivieren. Derzeit konzentrieren sich Bund und Länder der BRD besonders auf frühkindliche Förderung und Elite-Bildung. Die nötige Grundbildung der BürgerInnen gewährleistet das Schulsystem, Sonderprogramme sollen den funktionalen Analphabetismus reduzieren. Ein Nachholen von Schulabschlüssen im Erwachsenenalter (also ZBW) wird weniger empfohlen als die direkte Fort- und Weiterbildung im Beruf.

Diese Kontexte zwingen dazu zu fragen, ob und wie der Zweite Bildungsweg dazu beitragen kann, den in Europa angesagten Wandel zur „Wissensgesellschaft“¹ voranzubringen. Für ihn sprechen nur die nicht primär auf Nützlichkeit zielenden Argumente der Erwachsenenbildung, die im Begriff Persönlichkeitsentwicklung zusammengefasst sind: Erwachsene werden durch erweiterte Allgemeinbildung zu sinnhafterem Leben befähigt; ihre Aktivitäten werden sie selbst und die Gesellschaft voranbringen. Diese Hoffnungen stützten und stützen sich auf die Studierenden im Zweiten Bildungsweg selbst, denn sie bringen Berufs- und Lebenserfahrung mit. Ihnen wird unterstellt, sie hätten eine sehr hohe Motivation, sie seien bereit,

Vorgaben der Bildungspolitik zu akzeptieren, und sie hätten das nötige Geld und die Zeit, diesen Weg zu beschreiten. Alle Beteiligten sprechen einer formalen Höherqualifikation zudem zu, dass diese gesellschaftlichen Aufstieg („Aufstiegsmobilität“) fördere.

Erwachsene, die den bekanntermaßen mühsamen Weg des ZBW beschreiten, wissen von den Unterschieden zwischen Lernen in der Jugend und Lernen als Erwachsene. Sie lassen sich auf den stetigen Prozess ein, neues Wissen in ihre Deutungen einzuordnen und damit ihre Kompetenzen zu erweitern. Ihr gewolltes Lernen, um einen „allgemeinbildenden Abschluss“ zertifiziert zu bekommen, ist der systematische Versuch, den eigenen Lebensentwurf weiterzuentwickeln. Da ihnen die schon immer bestehende hohe AbbrecherInnenquote bekannt ist, dürften neben ihren Lebensbedingungen die Lernbedingungen der gewählten Einrichtung entscheidend für den Entschluss zum Zweiten Bildungsweg sein.

Dazu das Beispiel von vor 40 Jahren ...

Die unvermeidlichen Probleme (klassisch benannt als solche zwischen subjektiven und objektiven

¹ Zur Anpassung der bundesrepublikanischen Gesellschaft an (vor allem ökonomisch bestimmte) weltweite Entwicklungen werden verschiedene Wege propagiert, deren Ideologiegehalte unterschiedlich einzuschätzen sind.

Interessen) der Realität des Zweiten Bildungsweges zeigten sich auch in der Gründungsphase der „Schule für Erwachsenenbildung“ (SfE) in Westberlin 1973 bis 1976². Die Möglichkeit an der Schule für Erwachsenenbildung selbstorganisiert zu lernen, das Kolleg von Studierenden und LehrerInnen selbst zu verwalten und auf die Externenprüfung zur Hochschulreife vorzubereiten, existiert bis heute. Das erlaubt nicht nur die Folgerung, Alternativen zur Schulbürokratie haben durchaus Chancen, sondern begründet auch die These, der Zweite Bildungsweg leiste einen wesentlichen Beitrag zur Identitätsbildung und Sinnfindung.

Die Ausnahmesituation von Westberlin der 1970er Jahre, die Entwicklung der Erwachsenenbildung und die damaligen bundesweiten Diskussionen zum Zweiten Bildungsweg bilden den vorliegend vorgestellten Rahmen, der das außergewöhnliche Experiment „Schule für Erwachsenenbildung“ erst ermöglichte.

Erinnert man sich an den vor 50 Jahren ausgegerufenen „Bildungsnotstand“ (Georg Picht) in der Alt-Bundesrepublik Deutschland, so wird verständlich, warum der Zweite Bildungsweg damals aufgebaut wurde: „Begabte“ sollten eine „zweite Chance“ bekommen, um dann ein Studium zu absolvieren. Für den Zweiten Bildungsweg ist bis heute eine mehrjährige Berufstätigkeit eine der Zugangsvoraussetzungen; seine Legitimation gründet auf dem Anspruch, diese Erfahrungen zu nutzen; seinem Vollzug wurden jedoch immer die Stoffpläne der Jugendschule zugrunde gelegt.

Mit der „realistischen Wende“ wurden die Aufgaben der Erwachsenenbildung in der Alt-Bundesrepublik neu bestimmt. Beispielhaft formulierte einer ihrer Pioniere Willy Strzelewicz 1961: Die Demokratisierung und vor allem die Berufsanforderungen, die durch die Industrialisierung entstanden sind, sollten „zum Anlass werden, das Verhältnis von Allgemeinbildung und Berufsbildung immer neu zu überprüfen“ (Strzelewicz 1961, S. 131). Gerade weil es in der Erwachsenenbildung nicht primär um „enzyklopädische Anreicherung des Wissensstoffes“ (ebd., S. 129) ginge, sondern um „das Verständnis

der neuen gesellschaftlichen Lage und ihrer komplizierten Zusammenhänge, [sei] eine neue Beziehung zwischen der sogenannten Allgemeinbildung und den die Berufe betreffenden Bildungsbemühungen“ (ebd.) erforderlich. Politisch ging es um die Struktur und Durchlässigkeit des Bildungssystems. Pädagogisch waren und sind Fragen der Schul- und Berufsabschlüsse und der unterschiedlichen Lernpotenziale im Jugend- und Erwachsenenalter bedeutsam.

Diese Geburtsumstände zeigen die Probleme des Zweiten Bildungsweges auf: einerseits die (strukturell bedingt) nur begrenzt zu realisierende Verknüpfung von beruflicher Erfahrung und Abiturwissen und andererseits die sehr hohen Belastungen der Studierenden in finanzieller, zeitlicher, sozialer und psychischer Hinsicht. Faktisch wirkt sich dies in einer hohen Abbruchquote aus, die jedoch zwischen den einzelnen Einrichtungen stark variiert.

Strzelewicz setzte sich für Aufklärung und Demokratisierung ein. Mit diesen Bildungszielen glaubte er „*die Menschen auf die neue Lage der Berufsentwicklung vorzubereiten, die Elastizität und Überblick verlangt*“ (ebd., S. 130). In seiner Analyse der 150-jährigen Geschichte der Erwachsenenbildung mit Hilfe ihres (als notwendig unterstellten) sozialhistorischen Selbstverständnisses konstatierte er einen tiefgehenden gesellschaftlichen Wandel von einer anachronistisch gewordenen „Herrschaftsautorität“ zur sinnvollen „Auftragsautorität“. Er formulierte als Grundforderung der modernen, freien und allgemeinen Erwachsenenbildung, dass jeder Mensch die „*Freiheit in den Chancen [bekomme], sich je nach seiner Begabung ausbilden zu können*“ (ebd., S. 125). Volkshochschule und der Zweite Bildungsweg hätten „*die Entfaltung der durch Bildung mündig werdenden Person [zu fördern], die es verschmäht und die unfähig ist, sich durch irgendeine Autorität steuern zu lassen, die eine prüfungslose Unterwerfung fordert*“ (ebd., S. 126).

Nun war allen Akteuren jener Zeit bewusst, dass Erwachsenenbildung nur einen kleinen Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel leisten kann (vgl. ebd., S. 131). Dieser erfolgte mit der sogenannten „1968er-Bewegung“.

² Während dieser Jahre studierte ich an der FU Berlin Erwachsenenbildung, arbeitete an der „Schule für Erwachsenenbildung“ mit und schrieb über sie meine (unveröffentlichte) Diplomarbeit (siehe Fischer 1976).

Gegen angemäÙte Autorität streikten 1972/73 in Westberlin rund siebenhundert Lehrerinnen, Lehrer und Studierende des Zweiten Bildungsweges für Mitbestimmung bei den Lernbedingungen. Dieses Eintreten für ihre Bildungschancen beantwortete die Staatsautorität mit Polizeieinsätzen und der involvierte Schulleiter einer privaten Bildungsanstalt kündigte seinen nicht angepassten Studierenden und Lehrern. Kündigungsgründe waren Fehlzeiten und nicht erbrachte Leistungen; bei einem Lehrer auch dessen Weigerung, ein Referat so zu benoten, wie es dem Schulleiter richtig erschien.

Wer an dieser Lehranstalt für die Abiturvorbereitung monatliches Schulgeld zahlen wollte, musste einen „Unterwerfungsvertrag“³ unterschreiben. Ergebnis war die Selbsthilfe der Betroffenen – sie gründeten ihr eigenes Kolleg. Seit Beginn der 1970er Jahre war in der Weiterbildung eine Strukturreform angesagt, die unter anderem auch die öffentlich geförderte Erwachsenenbildung fördern sollte. Die gesetzlichen Regelungen erfolgten bis zum Ende des Jahrzehnts, die finanzielle und personelle Förderung blieb bescheiden.

Ein Aspekt dieser Überlegungen war auch, den Zweiten Bildungsweg explizit unter erwachsenenpädagogischen statt der vorherrschenden Schulabschlussperspektive zu sehen (vgl. Pöggeler 1974, S. 241-247). Bundesweit aktive Studierende sahen 1970 den Zweiten Bildungsweg in einer allgemeinen und eskalierenden Misere. Mit der von ihnen gegründeten Dachorganisation „Bundesring der Studierenden des ZBW“ sollte „die Neubestimmung der Lehrinhalte, der Didaktik und der Unterrichtsgestaltung“ (zbw.zeitung 4/1975, S. 5f.) erfolgen; „eine Neugestaltung des zbw in Hinblick auf die Gesamthochschule“ (ebd.) wurde angestrebt und es wurde versucht, die „sozialen und rechtlichen Belange der Studierenden“ (ebd.) wahrzunehmen. Trotz der Aktivitäten gelang es dem „Bundesring“ nicht, für die ca. 10.000 Erwachsenen der 44 ZBW-Kollegs und 50 Abendgymnasien der Alt-BRD eine „effektive bundesweite Vertretung auf gewerkschaftlicher Basis“ (zbw.zeitung 7/1975, S. 1) zu schaffen⁴.

Die selbstorganisierte „Schule für Erwachsenenbildung“ 1973 bis 1976

In der Alt-Bundesrepublik Deutschland verdreifachte sich zwischen 1968 und 1973 der Anteil von Studierenden des Zweiten Bildungsweges bei den AbiturientInnen eines Jahrganges auf etwa 9% (vgl. Fischer 1976, S. 78/Anm. 10). In Westberlin bestanden 1975 insgesamt 5.484 SchülerInnen das Abitur, davon 659 aus dem ZBW. Diese 12% bedeuteten einen höheren Anteil als in den Bundesländern und der Westberliner Schulsenator wischte mit dieser Zahl alle Kritik am Zweiten Bildungsweg vom Tisch.

Als eine Folge verfehlter Bildungspolitik wurde dennoch diskutiert, dass Westberlin im Vergleich aller deutschen Großstädte (neben Gelsenkirchen) prozentual die wenigsten SchülerInnen auf das Abitur vorbereitete. Auch darum gab es so viele Bewerbungen für den Zweiten Bildungsweg. Um an der 1923 gegründeten Silbermann-Abendschule oder an der Vorzeigeeinrichtung Berlin-Kolleg zugelassen zu werden, musste man bis zu drei Jahren warten. Auch für die Abiturse an den beiden Volkshochschulen Schöneberg und Charlottenburg bestanden Wartelisten. Dementsprechend gut verdienten die drei privaten Einrichtungen, an welchen man sich in zweijährigem Unterricht auf die „Nichtschülerprüfung zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife“ vorbereiten konnte.

Die privaten Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges regelten den Zustrom über das Schulgeld, die Klassengrößen und die Lehrkräfteauswahl. Die bedeutendste und umstrittenste war „Gabbes Lehranstalt“, wo es jedem/jeder 160/200 DM pro Monat kostete, um sich in einer Klasse mit 30 Studierenden zusammen den Stoff der Abiturfächer „einzupauken“. Dieses hohe Schulgeld (ein Arbeiter konnte etwa 300 DM pro Woche verdienen, das mögliche Bafög-Stipendium konnte etwa 400 DM pro Monat betragen, der Quadratmeter Wohnfläche kostete um die 4 DM) bildete die Zugangsschwelle. Die Kritik an unhinterfragter Wissensanhäufung

3 Aus einem Flugblatt 1974 in: Fischer 1976, S. 86. Mit dem neuen Vertrag reagierte der Schulleiter auf die Streikgründe: Rücknahme der Kündigungen und Senkung der Klassenfrequenzen. Die Polizei trug 350 Studierende aus dem Schulgebäude, das sie beim Streik besetzt hielten. Weitere Kündigungen und die Spaltung der Streikfront waren dann der Auslöser, ein eigenes Kolleg zu gründen.

4 Die Aktivitäten der Studierenden versandeten im „Deutschen Herbst“. Hingegen versucht bis heute sowohl der „Bundesring der Abendgymnasien“ als auch der „Bundesring der Kollegs“, das sind die Interessenvertretungen der Organisatoren, die Bildungspolitik zu beeinflussen (siehe dazu in der Rubrik weiterführende Links die „Hamburger Erklärung 2002“).

entfachte den Unmut der bewusst sogenannten und so behandelten „SchülerInnen“.

Als im Winter 1972/73 an der privaten „Gabbes Lehranstalt“ die Auseinandersetzungen zwischen der Leitung und den SchülerInnen eskalierten, solidarierte sich die „linke Szene“ mit den Disziplinierten. Polizei, Gewerkschaft und Senat erreichten keinen Kompromiss, so blieb den unzufriedenen „ZBWlern“ nur die Möglichkeit, ihre eigene Schule zu gründen. Bis zu deren Unterrichtsbeginn am 27.4.1973 wurde ein Schulmodell entwickelt, die Personal- und Raumfragen geklärt und um behördliche Anerkennung gerungen. Aber die Schule für Erwachsenenbildung bekam (und bekommt⁵) keine öffentlichen Gelder, sie bekam aber die (widerrufliche) „Gleichwertigkeitsanerkennung“ als „private Ergänzungsschule“ in Form eines Kollegs. So musste sich die Schule für Erwachsenenbildung über ein von den Studierenden zu zahlendes Schulgeld selbst finanzieren – ermöglichte aber eine „Kostenumwälzung“: Die Studierenden konnten ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies Stipendium beantragen. Damals wurden nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) für maximal sechs Semester 300 bis 400 DM monatlich bewilligt – das Schulgeld legte die SfE-Vollversammlung auf 120 DM monatlich fest.

Dieser staatlich-rechtliche Rahmen bestimmte die Unterrichtszeit von mindestens 20 Wochenstunden in Abiturprüfungsfächern über fünf bis sechs Semester als Vorbereitung für die Externenprüfung vor einer vom Schulsenator bestimmten Kommission. Diese sogenannte „Nichtschülerprüfung“ bildet den gravierenden Unterschied zu öffentlichen ZBW-Einrichtungen, wo die Lehrenden auch die Prüfungen abnehmen. Negativ wirkt sich dies ständig auf die Unterrichtsinhalte aus, denn es muss Wissen „gepaukt“ werden. Positiv formuliert die Schule für Erwachsenenbildung ihre Praxis der von LehrerInnen und Studierenden (weitgehend)

ausgewählten Lerninhalte und -methoden als selbstbestimmtes Lernen ohne Notengebung durch staatliche Unabhängigkeit.

Die Schule für Erwachsenenbildung startete im Sommersemester 1973 mit 25 Kursen, 540 Studierenden und 70 LehrerInnen. Im Bezirk Tempelhof wurden 1000 m² in einem Betonneubau (Miete über 9000 DM mtl.) für 14 Klassenräume, drei Büros und einen Versammlungsraum genutzt. Schulträger war der Verein SfE, weil keine Schule in Privateigentum gegründet werden sollte. Geleitet wurde das Kolleg von zwei Studierenden und zwei Lehrern. Ein Jahr später gab es 28 Kurse für rund 700 Studierende, über deren Curricula in elf Fachkonferenzen beraten wurde. Im November 1974 stabilisierte sich die Entwicklung, in der fortan die Klassenverbände eine zentrale Entscheidungskompetenz hatten (siehe Abb. 1). Die Schule für Erwachsenenbildung setzte am Beginn jährlich etwa eine Million DM um. Die LehrerInnengehälter stiegen von 18 auf 20 DM pro Stunde und die Unterrichtsversorgung steigerte sich von 20 auf 24 Stunden pro Klasse. Um dies finanzieren zu können, beschloss die Vollversammlung mit 78% gegen 22% der Stimmen im Februar 1975 eine Schulgelderhöhung auf 140 DM.

Heute, d.h. vierzig Jahre später, besuchen die Schule für Erwachsenenbildung 320 Studierende. Sie zahlen 148 Euro monatlich, die vierzehn LehrerInnen bereiten zwölf Klassen auf die externen Prüfungen zur Mittleren Reife und zum Abitur in Tages- oder Abendkursen vor.

Schulmodell

Das Schulmodell ging von der Selbstbestimmung in allen Angelegenheiten aus. Bei den Abstimmungen hatte jede/r eine Stimme, egal ob er/sie LehrerIn oder Studierende/r und wie lange er/sie an der SfE war. Die Meinungsbildung erfolgte im Klassenverband⁶. Schul- und allgemeinpoltische

5 Die wesentlichen Elemente der SfE bestehen bis heute, d.h. zentrale Aussagen haben schon 40 Jahre Bestand.

6 Beispiel: Die Klasse A 3c startete im Sommersemester 1975 als Abendschule zur Abiturvorbereitung mit 19 Frauen (auch eine Auswirkung der Frauenbewegung) und 6 Männern, darunter zwei „Sozialfälle“, die kaum den Unterricht besuchten. Das Durchschnittsalter betrug 23 Jahre. Vierzehn Studierende stellten sich als Delegierte zur Verfügung und fünf arbeiteten in Ausschüssen mit. Im Fach Gesellschaftslehre standen 36 Doppelstunden zur Verfügung, die von einer Diplomsoziologin und einem Realschullehrer getragen wurden. Zwei Doppelstunden lang wurde gefeiert und zwei fielen aus. Vier Doppelstunden lang wurden politische und schulische Probleme diskutiert. Sechs über das Semester verteilte Doppelstunden nutzte man für die Planung des Lehrstoffes und drei als Klassenkonferenzen, um die Abstimmungen in den Foren und Fachkonferenzen vorzubereiten. Während 21 Doppelstunden wurde der eigentliche Stoff (16 Doppelstunden zur Urgesellschaft und 5 zum Feudalismus) mit Hilfe von 12 Referaten und 15 Protokollen der Studierenden behandelt. Durchschnittlich waren 80% der Studierenden anwesend und mehr als die Hälfte beteiligte sich mit mehr als einem Redebeitrag am Unterricht. Die meisten Doppelstunden begannen mit Bekanntgaben und Stoffwiederholung mit Hilfe der Protokolle und endeten häufig mit einer Reflexionsphase, die sowohl persönliche wie stoffbezogene Themen behandelte. Zusätzlich organisierte die Klasse drei außerschulische Treffen, einen Kino- und zwei Museumsbesuche.

Entscheidungen trafen die Vollversammlungen (monatlich) und Foren (wöchentlich). Curricula und didaktisch/methodische Probleme wurden in den Fachkonferenzen behandelt. Für die inhaltlichen und organisatorischen Arbeiten waren die (jeweils für ein Semester gewählten) Ausschüsse zuständig. Alle waren aufgefordert, auf allen Ebenen aktiv mitzuarbeiten – ihre Angelegenheiten in die eigene Hand zu nehmen.

Der Koordinierungsausschuss bestand aus dem Planungsausschuss und dem Bürodienst. Zu planen waren die Raumverteilung und Klassenzusammenstellungen; zu organisieren hatte man die Neuaufnahmen, die Aufteilung der Kurse und Wahlfächer und welche LehrerInnen sie durchführten; zu regeln war die Stundenverteilung, über die die Fachkonferenzen mitentschieden. Der

Bürodienst erledigte den Schriftverkehr und die Verträge, stellte Bescheinigungen aus und meldete zu den Prüfungen an. Etwa 20 Studierende und LehrerInnen plus zwei Sekretäre waren damit beschäftigt.

Der Finanzausschuss hatte das Schulgeld, die LehrerInnengehälter⁷ und die Buchführung zu bearbeiten. Da sich die rund zehn Studierenden teilweise überfordert sahen, wurde zum 1.5.1975 ein Buchhalter eingestellt. Im Spätsommer 1975 fehlten fast 30.000 DM, weil viele Studierende ihre Schulgelder nicht korrekt überwiesen hatten. Das Forum beschloss, den 288 NichtzahlerInnen die Kündigung anzudrohen. Tatsächlich reduzierte sich die Studierendenzahl um 41, aber erstmals gab es einen positiven Kassenstand von 3.000 DM (siehe zbw.zeitung 7/1975).

Abb. 1: Schulmodell



Quelle: Fischer 1976, S. 78/Anm. 10

7 Eine genaue Statistik vom November 1974 (vgl. zbw.zeitung 4/1975, S. 11f.) begründete den Vorschlag des Finanzausschusses, den Unterricht stärker durch hauptberufliche LehrerInnen durchführen zu lassen, denn nur so könne die Existenz gesichert werden und wäre das SfE-Projekt weiterzuentwickeln.

Drei Arbeitsgruppen des Öffentlichkeitsausschusses behandelten die ZBW-Entwicklung (SfE-intern, in Westberlin, bundesweit), gaben Artikel an die Presse und erstellten die „zbw.zeitung“. Die Kernarbeiten erledigten zwei weibliche und zwei männliche Studierende.

In den Sozialausschuss wurden je fünf „Leute“ aus den Tages- und Abendkursen gewählt. Zu behandeln waren Härtefälle, wenn z.B. jemand sein Schulgeld nicht oder nur ratenweise bezahlen konnte. Da oft nur die Hälfte der Mitglieder anwesend war, zogen sich Entscheidungen in die Länge und der anfängliche Arbeitswille wurde gedämpft.

In der Schule für Erwachsenenbildung waren eine gewerkschaftliche LehrerInnengruppe aktiv und drei politische Gruppierungen mit Wandzeitungen und Büchertischen vertreten. Jedes Semester feierte sie mindestens einmal und kaum eine Vollversammlung verging ohne den Austausch von Solidaritätsadressen oder Spendenaufrufen.

Die Schule für Erwachsenenbildung wurde zu einem engagierten Akteur in der bildungspolitischen Diskussion um den Zweiten Bildungsweg. Ihre Stellungnahmen gegen das Schulverfassungsgesetz und den Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Übertragung der Oberstufenreform auf den ZBW (vor allem wurden „Normenbücher“ abgelehnt) trugen zu den bundesweiten Streikaktionen von SchülerInnen und Studierenden im Dezember 1975 bei.

Die Diskussionen, Aktionen und Probleme der ersten Jahre spiegeln sich in 14 Ausgaben der „zbw. zeitung für den zweiten bildungsweg*westberlin“, die ab 1974 in einer Auflage von 750 Stück erschien, 16 bis 24 Seiten DIN A4 umfasste und ein/e unterschiedliche/s Layout/Faltung hatte. Der Beitrag eines Studierenden lautete 1975:

Das mit unserer Schule sieht doch so aus: wir sind hier ein paar hundert Leute, die die Schnauze voll haben, sich von Typen wie Gabbe oder sonstwem ausbeuten zu lassen und sich obendrein die Märchen vom Segen der sozialen Marktwirtschaft, vom Genius der großen Denker, vom „freien“ Westen und vom bösen roten Osten, also den ganzen bürgerlichen Käse, anhören zu müssen. Deshalb machen wir unsere eigene Schule, arbeiten wir mit Lehrern zusammen, die uns passen, erarbeiten wir uns Lehrinhalte, von deren Sinn und

Zweck wir überzeugt sind und nicht der Senat. (Was der dann noch von uns in der Prüfung hören will, kann er ja haben, darum kümmern wir uns ja auch noch ein bißchen).

Und wenn wir bei der Gelegenheit gleich mal ausprobieren, wie das denn so anders laufen soll mit dem kollektiven Arbeiten, mit der Einübung in nicht-repressive Verhaltensformen (und da haben wir ja noch ganz schön zu üben), mit dem Ausnutzen der Möglichkeit, die ganze Persönlichkeit in den „Schulalltag“ einzubringen und nicht nur Name, Adresse und Geburtsdatum – sind wir dann gleich die große Spielwiese, nur weil Anderen diese Möglichkeiten noch nicht gegeben sind? Oder ist die SfE nicht doch eine verwirklichte Utopie, der Beweis dafür, dass sowas geht – und deshalb eine Sache mit Modellcharakter?

Ein Studierender zit.n. zbw.zeitung 4/1975, S. 4.

Erkennbar wird hier der Anspruch, die eigene Position und Handlungen mit einer politischen Analyse zu begründen. Das eigene gesellschaftskritische Engagement wird trotz der Widersprüchlichkeit von selbstbestimmtem und abschlussbezogenem Lernen gerechtfertigt. Positiv vermerkt wird die (sonst nirgends in dieser Weise gebotene) Chance, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln.

Wie immer im pädagogischen Handlungsfeld war der Erfolg der Schule für Erwachsenenbildung auch durch die Lehrenden mitbestimmt. Ihre Situation war in ähnlicher Weise instabil wie die der Studierenden. Der Stundenlohn von 18/20 DM berechnete sich aus dem angenommenen Existenzminimum von 900 DM netto monatlich. 79 Lehrende waren im November 1974 für insgesamt 716 Unterrichtsstunden eingeteilt. 13% der Lehrenden arbeiteten 15 und mehr Stunden, d.h. sie verdienten zwischen 900 und 1100 DM. Mit einem kleinen Deputat von zwei bis sechs Wochenstunden waren 37% der Lehrenden angestellt, d.h. sie verdienten nur 150 bis 380 DM an der Schule für Erwachsenenbildung. Die Hälfte der Lehrenden war gemäß den Forumsbeschlüssen mit 8 bis 14 Stunden unterrichtlich tätig, d.h. sie verdienten zwischen 450 und 850 DM im Monat. Alle Lehrenden bezeichneten ihr Engagement als politisch motiviert, jedoch waren sie auch auf ein Einkommen angewiesen. So ergab sich eine relativ hohe Fluktuation und etliche Lehrende hatten zeitlich wenig Gelegenheit, sich an der Selbstverwaltung zu beteiligen, weil sie durch andere Tätigkeiten ihr Existenzminimum sichern mussten.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor für sie war die Möglichkeit der Klassen, Lehrende abzuwählen. Ebenso mussten sie auch mit der ungewohnten Rollenzuweisung zurechtkommen: Sie sollten die Studierenden als LernpartnerInnen akzeptieren, ihre fachwissenschaftlichen Kenntnisse über gemeinsam beschlossene Themen vermitteln und dazu Methoden einsetzen, die die Selbstlernkompetenzen der Studierenden erhöhen. Auf einen größeren Lebenserfahrungspool konnte kaum ein/e Lehrende/r zurückgreifen, weil ihrer akademischen Ausbildung per se keine höhere Qualität als den beruflichen Fertigkeiten der Studierenden zugesprochen wurde.

Für viele überraschend entwickelte sich die Schule für Erwachsenenbildung zu einem Erfolgsmodell. Das zeigten sogar die Prüfungsnoten. Das gemeinsame Interesse von Studierenden und Lehrenden galt der optimalen Vorbereitung auf die Externenprüfung, deren Veränderung/Abschaffung seit Schulbeginn gefordert wurde, zum Beispiel in einem „Lieben Brief an den Senat“ 1976 in der SFBeat-Radiosendung 6.3.1977, 20 Uhr.

In den Einzelfächern lässt sich der Einfluss des Schulmodells finden: Der Notendurchschnitt (6-teilige Notenskala; Anm.d.Red.) in Mathematik und Chemie lag bei 3,6 bzw. 3,8, während er in Deutsch, Politik- und Sozialwissenschaften bei 2,9 lag. Allerdings: Der Vergleich mit 70 SchülerInnen des Abiturjahrganges der VHS Schöneberg zeigt den Unterschied zwischen externer und interner Prüfung: Alle erhielten das Reifezeugnis und der Notendurchschnitt lag bei 2,3. Eine bedeutendere Ebene des Erfolges der Schule für Erwachsenenbildung kann in den Wirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden auf die Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden gesehen werden (die der Lehrenden werden

hier ausgeklammert). Insbesondere die im Klassenverband bestimmten Lehrstoffe trugen zur Identitätsbildung bei: Mit den Lernprozessen wurden die Studierenden erwachsener, gewannen neue Erkenntnisse, eigneten sich Wissen an und lernten Analysemethoden. Die politische Situation in Westberlin (Stichworte: 1968er; Berufsverbote; RAF/ deutscher Herbst und Häuserkampf) und die neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre (Stichworte: Frauenemanzipation, antiautoritäre Kinderläden und Anti-AKW-Bewegung) wirkten mit, dass die eigenen Sozialisationserfahrungen reflektiert und Auswahlkriterium für die Unterrichtsstoffe wurden. Der für die Prüfung verbindliche Berliner Rahmenplan wurde möglichst weit interpretiert, was sich bei den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern gut realisieren ließ.

Studierende, die sich für die Schule für Erwachsenenbildung entschieden, nahmen die prinzipiellen und aktuellen Einschränkungen der Schule bewusst in Kauf, weil sie sich von der zwei- bis dreijährigen Vorbereitungszeit zum höheren Schulabschluss noch anderes versprochen als Wissensanhäufung. Die Studierenden waren durchschnittlich jünger als an den staatlichen Kollegs und ihre Abhängigkeit von einem Stipendium höher als an jenen. Die „SfEler“ engagierten sich alle politisch und neigten zur Haltung: Warum sich vor möglichem Versagen in der Prüfung ängstigen, wenn ich einen Weg beschreiten kann, mich weiterzuentwickeln. *„Da gibt es zwei Möglichkeiten: entweder man lässt die Selektion über sich ergehen oder aber man setzt sich konkret mit der Situation, und seiner persönlichen Situation auch, auseinander. Und schließt sich zusammen. Und versucht es mit kollektiven Arbeiten“* (Interviewausgabe eines Studierenden zit.n. Fischer 1976, S. 143).

Tab. 1: Prüfungsergebnisse im Herbst 1974 und 1976

	Anmeldungen		bestanden bei Erstantritt (in %) + Nachprüfungen		„erfolgreich“ bestanden (in %) + Notendurchschnitt	
	1974	1976	1974	1976	1974	1976
insgesamt	274	267	96 + 16	104 + 23	40 + 3,5	47,6 + 3,5
über SfE	30	74	13 + 3	29 + 8	53 + 3,5	50 + 3,3

Quelle: zbw.zeitung 3/75, S. 11 und zbw.zeitung 14/76, S. 3 (red.bearb.)

Die Entwicklungen von Erwachsenenbildung über Weiterbildung zur Eingliederung der Bildungsbemühungen von Erwachsenen in das lebensbegleitende Lernen lassen heute vieles selbstverständlich erscheinen, was in den 1970er Jahren noch einen „revolutionären“⁸ Aufbruch bedeutete. Neben dem eingangs angesprochenen Autoritätsproblem gilt dies vor allem für die methodisch-didaktische Ebene im Zweiten Bildungsweg, der sich heute auch im Rahmen des Europäischen Qualifikationsrahmens zu definieren hat. Im Abstand von 40 Jahren erscheinen die Probleme der Schule für Erwachsenenbildung kleiner, ihre Innovationen für den Zweiten Bildungsweg bedeutender. An erster Stelle ist die Mitwirkung der Studierenden bei Stoffauswahl und -erarbeitung zu nennen. Sie setzte das Konzept „Lebenswelt der Lernenden einbeziehen“ in die Unterrichtspraxis um. Die alten und immer wieder neu einzufordernden Positionen der Erwachsenenbildung, der/die Lehrende sei lediglich primus inter pares, der/die Studierende soll zu seinem/ihrem „kulturellen Selbst“ (Oestreich 1947, S. 14) kommen, Bildung soll ihm/ihr zu schöpferischem Leben verhelfen, und der Austausch des frontalen Vortragsunterrichts durch Eigentätigkeit wurden ziemlich radikal verwirklicht. Das Schulmodell bedingte strukturell, sich permanent mit der staatlichen Bildungspolitik zu beschäftigen. Damit wurde der Status Erwachsene/r

und BürgerIn ernstgenommen, gerade weil andere ZBW-Einrichtungen die Studierenden auf eine SchülerInnenposition zurückstufen.

Gefragt, warum trotz der gravierenden Veränderungen in den vergangenen 40 Jahren die Schule für Erwachsenenbildung bis heute floriert, kann die Antwort lauten: Sie bietet ihren Studierenden

- einen Freiraum zur Reflexion ihres bisherigen Lebensweges
- Lernangebote zur Vorbereitung der Externenprüfung
- das Erlebnis solidarischer Emanzipation

Die Bildungsbedürfnisse und Identitätsprobleme vieler Menschen nach dem Pflichtschulbesuch und nach Erfahrungen in der Arbeitswelt sind auch im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sehr hoch.

Staatliche und privatkapitalistisch organisierte Angebote, ein „Reifezeugnis“ zu erhalten, sind unzureichend. Die Schule für Erwachsenenbildung bietet Chancen – zwar innerhalb der ökonomischen und bildungspolitischen Grenzen des Zweiten Bildungsweges, aber mit dem Aufforderungscharakter gesellschaftskritischen Engagements.

8 Nach der Revolution 1918 entwickelten vor allem die entschiedenen Schulreformer Modelle einer selbstverwalteten Schule, in der SchülerInnen und LehrerInnen gemeinsam die Inhalte bestimmten (siehe Oestreich 1947). Ob und welchen Einfluss dies auf die SFE hatte, ist mir unbekannt.

Literatur

Fischer, Georg (1976): Emanzipatorische Erwachsenenbildung im zweiten Bildungsweg (unveröff. Diplomarbeit). Berlin.

Oestreich, Paul (1947): Selbstbiografie. Berlin/Leipzig: Verlag Volk und Wissen.

Pöggeler, Franz (1974): Erwachsenenbildung. Einführung in die Andragogik. Stuttgart [u.a.]: Kohlhammer (= Handbuch der Erwachsenenbildung. 1).

Strzelewicz, Willi (1961): Ursprung und Wandel der Erwachsenenbildung in der industriellen Gesellschaft. In: Deutscher VHS-Verband (Hrsg): Volkshochschule. Handbuch für Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik. Stuttgart: Klett, S. 121-133.

zbw (4/1975): zeitung für den zweiten bildungsweg*westberlin, Ausgabe 4 (im Besitz des Verfassers).

zbw (7/1975): zeitung für den zweiten bildungsweg*westberlin, Ausgabe 7 (im Besitz des Verfassers).

Weiterführende Links

Hamburger Erklärung 2002: <http://www.do.shuttle.de/do/westfalenkolleg/bundesring/hamerkl.pdf>

SFE Berlin: <http://www.sfeberlin.de>



Dr. Georg Fischer

fischer-schefflenz@t-online.de
<http://www.circampus.de>

Georg Fischer absolvierte 1967 ein Studium zum Vermessungsingenieur. Später folgte die Ausbildung zum Lehrer für Grund- und Hauptschule an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Nach seiner Lehrtätigkeit schloss er ein Diplompädagogikstudium an der Freien Universität Berlin ab. Dort promovierte er 1981 zum Thema „Erwachsenenbildung im Faschismus“. Georg Fischer ist seit 35 Jahren freiberuflich in verschiedenen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Universitäten tätig und publizierte zur Geschichte der Erwachsenenbildung und zur politischen Bildung.

Second Chance Education as an Opportunity for Identity Formation

The founding phase of the *Schule für Erwachsenenbildung* (School for Adult Education) in Berlin from 1973 to 1976

Abstract

During the political upheaval of 1968, the conditions of second chance education were also discussed. In 1973, about 5000 students organized their own college following an escalation at the private Gabbes School. This “School for Adult Education” (*Schule für Erwachsenenbildung* – *SfE* in German) developed its own curricula and created autonomous living conditions in order to prepare adults to take the external state examination to acquire the *Abitur* (school-leaving exam or *Matura* in Austria) over the period of six semesters. One could also complete the secondary school level I exam (*Mittlere Reife* in Germany). This was financially possible both because students were able to receive state funding and because teachers made due with smaller wages. The present article describes the political and pedagogical elements of the initial phase of the college that is still in existence today as an example for emancipatory learning.

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

Gefördert aus Mitteln des ESF und des BMUKK
Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Koordination u. Redaktion: Institut EDUCON – Mag. Wilfried Hackl

erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck

Online: www.erwachsenenbildung.at/magazin

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783732289486

Medieninhaber



Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber der Ausgabe 21, 2014

Dr. Arthur Schneeberger (Bildungsforscher)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Mag. Wilfried Hackl (Geschäftsführender Hrg., Institut EDUCON)

Fachredaktion

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Klagenfurt)
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Ina Zwerger (ORF Radio Ö1)

Online-Redaktion

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Mag.^a Roswitha Ranz (Institut EDUCON)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das „Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazin erwachsenenbildung.at sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll durch das Magazin der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden. Die eingelangten Beiträge werden einem Review der Fachredaktion unterzogen. Zur Veröffentlichung ausgewählte Artikel werden lektoriert und redaktionell bearbeitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten.

Als Online-Medium konzipiert und als solches weitergeführt, ist das Magazin erwachsenenbildung.at beginnend mit der Ausgabe 7/8, 2009 zusätzlich in Druckform erhältlich.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. Institut EDUCON
Marienplatz 1/2/L,
A-8020 Graz
redaktion@erwachsenenbildung.at
<http://www.erwachsenenbildung.at/magazin>